Eindrücke vom Kongress des britischen Gewerkschaftsbundes

Autor(en): **Jucker, Waldemar**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **59 (1967)**

Heft 10

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354303

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Als Amateur in Rheinschiffahrtsfragen konnte ich meinen Artikel erst nach Einholung ausführlicher Unterlagen und verschiedener Rückfragen verfassen, wobei ich um so vorsichtiger vorgehen mußte, als er zuerst die Grundlage für eine Abhandlung im damaligen Bulletin «Auswanderung» des BIGA bildete. Herr Streuli anerkennt ja die Objektivität meines Artikels; wegen der gebotenen Kürze konnte ich nur das Wesentliche behandeln. Nachdem ich mich erneut mit dem Basler Rheinschiffahrtsamt wegen der Prüfung für das Schifferpatent und mit Herrn Rebsamen vom VHTL Basel-Rheinschiffahrt wegen der Lohnfrage in Verbindung gesetzt habe, muß ich die Darlegungen von Herrn Streuli im wesentlichen als richtig anerkennen. Nachdem die Redaktion der «Gewerkschaftlichen Rundschau» das Diskussionsvotum von Herrn Streuli ihren Lesern vollinhaltlich zur Kenntnis bringt, kann ich auf weitere Darlegungen verzichten.

Was Herr Streuli an meinem Artikel auszusetzen hatte, ist lediglich auf die Notwendigkeit zurückzuführen, mich sehr kurz zu fassen; auf keinen Fall wollte ich unzutreffende Informationen vermitteln.

A. W. Herzig, Bern

Eindrücke vom Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes

Seit dem Ende des ersten Weltkriegs wird die englische Wirtschaft von einer nie abreißenden Kette von Schwierigkeiten heimgesucht. Gegenwärtig beträgt die *Zahl der Arbeitslosen* rund eine halbe Million. Dabei sind die Sommermonate die beschäftigungsmäßig günstigste Zeit des Jahres. Gelingt es nicht, die Wirtschaft zu stimulieren, wird bis im nächsten Februar – dem jahreszeitlichen Tiefpunkt – nach Meinung der Experten die Zahl der Arbeitslosen auf über 700 000 ansteigen.

Auf schweizerische Größenverhältnisse übertragen, würde dies 50 000 und 70 000 Arbeitslosen entsprechen. Für zum Beispiel den Kanton Zürich würde dies 10 000 bis 15 000 Arbeitslose bedeuten.

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Zahl von Arbeitslosen die Gewerkschaftsbewegung nicht kalt lassen kann. Die englische Öffentlichkeit erwartete deshalb den Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes mit Spannung. Beide Fernsehnetze widmeten ihm jeden Tag einige Stunden ihrer Sendezeit.

Widerwillig und nur mit knapper Mehrheit hatte sich der Kongreß vor zwei Jahren zu einem teilweisen freiwilligen Mitmachen und zu einer vorläufigen Duldung des gesetzlich abgesicherten Teils der soge-

nannten *Einkommenspolitik* der Regierung entschlossen. Ministerpräsident Wilson hatte zu jener Zeit die Kontrolle der Lohnbewegungen damit begründet, sie werde das Entstehen einer größeren Arbeitslosigkeit verhindern. Die Verlangsamung des Lohnanstiegs verschaffe der Exportindustrie eine Atempause. Die Zunahme der Ausfuhr werde die Beschäftigung in diesen Wirtschaftszweigen so stimulieren, daß die gegenüber der Inlandwirtschaft ergriffenen leichten Deflationsmaßnahmen kompensiert würden. Die zur Sanierung der Zahlungsbilanz ergriffenen Maßnahmen brauchten deshalb zu keiner wesentlichen Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu führen.

Diese Rechnung ist *nicht* aufgegangen. Die Ausfuhr hat zwar etwas zugenommen, aber nicht im erwarteten Ausmaß. Einmal mehr sind die *praktischen Grenzen der Staatsintervention* sichtbar geworden. Es ist schlechterdings nicht möglich, durch Parlamentsbeschlüsse der englischen Wirtschaft jenes Quentchen mehr Dynamik einzuspritzen, das ihr seit langem fehlt.

Die *Zahlungsbilanz* hat sich zwar verbessert. Auch mit Wohlwollen kann jedoch höchstens gesagt werden, sie befinde sich in einem prekären Gleichgewicht. Die außenwirtschaftliche Lage läßt keine Rückkehr zu einer unbeschwerten Expansionspolitik zu, welche die Arbeitlosigkeit rasch und gründlich beseitigen würde. Eine «klassische» Expansionspolitik würde innert Monaten neue Notmaßnahmen zur Sanierung der Zahlungsbilanz auslösen.

Politisch ist die Lage ebenso komplex. Kaum jemand innerhalb der Labour-Party erwartet von einer konservativen Regierung eine erfolgreichere Wirtschaftspolitik. Schließlich waren vor Harold Wilson die Konservativen mehr als zehn Jahre an der Macht. Aber auch in der Labour-Party selbst gibt es niemand, der ernsthaft als Rivale Wilsons in Betracht käme. Das für den englischen Zweiparteienstaat traditionelle Rezept zur Lösung von Schwierigkeiten, der Sturz des Ministerpräsidenten, erscheint als derart sinnlos, daß auch der linke Flügel der Labour-Party mit dieser Möglichkeit nicht einmal liebäugelt.

Der Kongreß des Gewerkschaftsbundes konnte deshalb Wilson nicht einfach frontal angreifen – als Vorspiel zur Verbannung des Sündenbocks in die Wüste. Er konnte auch nicht eine unbeschwerte Expansionspolitik vorschlagen, da die Sinnlosigkeit dieses Rezepts dem Lande zur Genüge bekannt ist. Er mußte sich darauf beschränken, einzelne Teile der Politik der Regierung – «seiner» Regierung – zu kritisieren, ohne aber auf einen Sturz der Regierung hinzuarbeiten.

Angesichts der berechtigten Emotionen, die eine Arbeitslosigkeit dieses Ausmaßes zwangsläufig auslösen muß, ist es erstaunlich, in welchem Ausmaß die Kongreßdelegierten sich der schwierigen Lage ihrer eigenen Bewegung, aber auch der Gesamtwirtschaft, bewußt blieben. Wohl schimmerten die Emotionen in einzelnen Voten durch, aber zu eigentlichen Ausbrüchen kam es nicht.

Die Weiterführung der gesetzlich abgesicherten Kontrolle der Lohnbewegungen wurde deutlich abgelehnt. Gleichzeitig wurde jedoch betont, dies bedeute nicht, daß man eine Rückkehr zum intergewerkschaftlichen Konkurrenzkampf wünsche, wo jeder den andern durch noch höhere Forderungen zu überbieten suche. Man sei nach wie vor bereit, die Lohnbewegungen innerhalb des Gewerkschaftsbundes *freiwillig* so zu koordinieren, daß man im Rahmen des gesamtwirtschaftlich Zulässigen bleibe. Es habe jedoch keinen Sinn, «faulen» Unternehmensleitungen durch allzuviel lohnpolitische Nachsicht das Leben allzu leicht zu machen.

Offensichtlich schwebt den englischen Gewerkschaften eine *flexiblere, differenziertere* Lohnpolitik vor als dem mehr linear, «gesamtwirtschaftlich» denkenden Ministerpräsidenten. Angesichts der historisch bedingten starken verbandlichen Zersplitterung der englischen Gewerkschaftsbewegung dürfte es jedoch alles andere als leicht sein, Flexibilität und Koordination unter einen Hut zu bringen. Es ist jedoch sicher ein gutes Zeichen für das Verantwortungsbewußtsein des Gewerkschaftsbundes, daß er einen *Versuch* wagen will.

Er ist für den Gewerkschaftsbund nicht ungefährlich, da er dabei Gefahr läuft, *selbst* in die Rolle des Sündenbocks gedrängt zu werden. Es ist die historische, «natürliche» Rolle der Arbeitgeber, nicht des Gewerkschaftsbundes, gegenüber «übersetzten» Lohnforderungen Nein zu sagen. Dazu kommt, daß der Prozeß der Lohnbildung nicht nur eine «gerechte» Einkommensverteilung, sondern auch eine «zweckmäßige» Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Firmen erreichen soll. Diese Doppelfunktion erträgt nur einen beschränkten Grad von Zentralisation.

Schon am Kongreß selbst kamen die Bedenken einzelner Verbände zum Ausdruck. Versucht man Regeln und Grundsätze über die Lohnbildung aufzustellen – und der Englische Gewerkschaftsbund hat dies versucht –, drohen sie, derart kompliziert zu werden, daß die Grenze der praktischen Anwendbarkeit bald einmal erreicht wird.

Die *schweizerische* Gewerkschaftsbewegung hat seit langem die «andere Lösung» versucht. Innerhalb unseres Gewerkschaftsbundes ist durch Verbandsfusionen die Zahl der Verbände so reduziert worden, daß ohne das Aufstellen von «Lohnregeln» *rein empirisch* ein im großen und ganzen ausreichender Grad von Koordination erreicht wurde. Es lockt uns deshalb nicht, das englische Beispiel nachzuahmen.

Ähnlich differenziert war die Haltung des Kongresses gegenüber der *Wirtschaftspolitik*. Niemand befürwortete eine unbeschwerte Expansionspolitik. Der Gewerkschaftsbund glaubt jedoch, es lasse sich eine etwas größere Kaufkraftspitze für die Wirtschaft verantworten als die Regierung bereits in Aussicht nahm. *George Woodcock*, der Generalsekretär des TUC, sprach von 100 bis 200 Millionen Pfund mehr. Um zu verdeutlichen, daß der Gewerkschaftsbund nicht in frontaler

Opposition zur Labour-Regierung stehe, nahm am Schlusse der Verhandlungen der Kongreß eine Resolution zur Unterstützung der Regierung an.

Daß *zwar Meinungsverschiedenheiten, aber kein grundsätzlicher Gegensatz* zwischen Gewerkschaftsbund und Regierung bestehen, wurde auch von Harold Wilson dadurch unterstrichen, daß er in letzter Zeit eine relativ große Zahl von Gewerkschaftsführern zu Lords auf Lebenszeit ernennen ließ. Diese Geste ist nicht so bedeutungslos als es auf den ersten Blick scheinen mag, denn jeder Lord besitzt innerhalb der vereinigten Parlamentsfraktion der Labour-Party (Unter- und Oberhaus) das Stimmrecht. Offenbar scheint Premierminister Wilson einige Änderungen seiner Politik vornehmen zu wollen, für die er diese Stimmen nötig hat. Bis jetzt hat er nichts darüber durchblicken lassen. Er spart sich dies wohl für den Kongreß der Labour-Party auf, der nächstens stattfinden wird.

Man kann wohl keinen Kongreß des TUC ohne ein tiefes Mitgefühl verlassen. Es ist kaum verständlich, daß ausgerechnet das Land, das der Welt die Industrialisierung gebracht und dessen Zähigkeit Europa vor dem Barbarensturm des Hitlerreichs bewahrt hat, seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer noch nicht Herr geworden ist. Immerhin hat man das Gefühl eines *Klimawechsels*. England bietet heute nicht mehr das Bild der Erschöpfung wie während vieler Jahre. Die Architektur ist während der letzten Jahre entschieden moderner geworden. Miniröcke in Schockfarben beleben in weit stärkerem Ausmaß als bei uns das Straßenbild. Die Herrenmode ist nicht mehr so konservativ. Während früher sozusagen alle Delegierten schwarze, zum Teil hohe schwarze Schuhe trugen, begegnet man heute weichen braunen Wildlederschuhen in größerer Zahl. Schmuddelige Dächlikappen, Symbol des «echten» Proletariers, sind im Rückgang. Derartige «unwissenschaftliche» Anzeichen deuten doch darauf hin, daß Lebensfreude und Selbstvertrauen nicht erloschen sind. In den Wandelgängen wurden nicht nur Klagen geführt, sondern Ideen diskutiert, die nicht aus dem parteidogmatischen Tierbuch stammen. Trotz aller Kritik herrschte keine Stimmung der Hoffnungslosigkeit. Zwar vorerst noch nicht wirtschaftlich, wohl aber stimmungsmäßig scheint das Nachkriegstief überwunden zu sein. Hoffentlich überträgt diese Vitalität sich bald einmal auf die englische Wirtschaft. Auch uns Schweizern kann es nur recht sein, wenn dieses erzdemokratische Land in Europa wieder mehr Einfluß gewinnt.

Dr. Waldemar Jucker, Bern